

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 8. September 2022 / Jeudi matin, 8 septembre 2022

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

**30 2022.RRGR.42 Motion 029-2022 Die Mitte (Riem, Iffwil)
Konzessionen für Wasserkraftwerke – eine Strategie ist dringend**

**30 2022.RRGR.42 Motion 029-2022 Le Centre (Riem, Iffwil)
Concessions pour les centrales hydroélectriques : il faut une stratégie de toute urgence**

Vizepräsident. Da ist etwas noch nicht so, wie es sollte. Könnte bitte jemand Bernhard Riem anmelden? – Tipptopp. Es geht um eine Motion von Bernhard Riem. Der Regierungsrat nimmt die Ziffern 1 bis 6 als Motion an, die Ziffer 7 als Postulat. Wir führen eine freie Debatte.

Bernhard Riem, Iffwil (Die Mitte), Motionär. Wer meint, dass die Motion wegen der gegenwärtigen aufgeregten Diskussion um die Stromversorgungsengpässe geschrieben wurde, der irrt. Die Motion ist vorher eingereicht worden. Sie hätte eigentlich schon viel früher eingereicht werden müssen. Die Energiewende haben wir schon vor Jahren beschlossen. Die nötigen Produktionserweiterungen für erneuerbare Energie sind schleppend vorangegangen. Die Wasserkraft ist in der Schweiz unsere absolut wichtigste Energieproduktion. Auch der Ausbau der Wasserkraft hat sich sträflich verzögert. Die Energiewende – und nicht Putins momentan fehlendes Gas – erfordert den Ausbau der Energie aus der Wasserkraft.

Das Unbehagen darüber ist in der Politik Jahr für Jahr gewachsen, denken Sie nur an die Trift. Ausgiebige Diskussionen haben wir darüber geführt, zuletzt über den wenig ambitionierten Zeitplan zur Überarbeitung des Richtplans mit einem überparteilichen Vorstoss von Luc Mentha. Eine wechselnde Allianz von unwilligen Schutzorganisationen und eine BKW, die mehr Investitionssicherheit erwartet, hat den Ausbau der Produktion verzögert. Ich zitiere Frau Thoma, die erst vor 10 Monaten gesagt hat: «Deshalb setzen wir unsern Fokus derzeit nicht auf den Bau neuer Grosswasserkraftwerke, sondern investieren stattdessen vor allem in Laufwasserkraftwerke und Windparks im Ausland». Der Kommentar ein paar Monate später ist vermutlich überflüssig. Für die BKW ist die Stromerzeugung ein *Teil* des Geschäfts. Sie hat noch andere Geschäftsfelder und eine gute Rendite steht im Vordergrund. Durchaus zum finanziellen Vorteil des Kantons, aber zuungunsten der Produktionssicherheit von Strom und zuungunsten der Energiewende.

Die Mitte-Fraktion hat sich überlegt, wie der Grosse Rat überhaupt auf die Stromproduktion Einfluss nehmen kann, und hat entschieden, sich auf die Konzessionen zu fokussieren. Dort hat der Kanton einen starken Hebel. Wenn wir mit unserer Aktienmehrheit an der BKW nicht genügend Druck ausüben können, haben wir als Konzessionsgeber das starke Instrument. Trotz der vielen Einnahmen des Kantons aus Dividenden und Konzessionen darf die Mitverantwortung an einer genügenden Stromproduktion nie vernachlässigt werden. Die primäre Aufgabe der Strombranche ist, die Versorgung sicherzustellen, und die Energiewende zu vollziehen.

Bei der Debatte um die Beteiligung an der BKW haben wir viel von Dividenden, von Tafelsilber, von Erschliessungssicherheit gesprochen, und darüber, jedenfalls über den letzten Punkt, mache ich mir keine Sorgen. Bei den Konzessionen können wir Einfluss nehmen. Deshalb unsere Forderungen 1 bis 6. Ich gehe jetzt nicht auf jeden einzelnen Punkt ein. Sie gehören ja alle zusammen. Wir verlangen vom Regierungsrat eine Strategie, wie er die zukünftige Erteilung von Konzessionen und vor allem die Neukonzessionierung der Kraftwerksbetreiber handhaben will. Der grosse Brocken kommt 2042, und die baldige Konzessionserweiterung für die Trift-Kraftwerke ist ein erster Test, ob der Regierungsrat ernst macht mit den Auflagen an die Betreiber, sofort zu bauen und dann auch zu betreiben.

Deshalb muss diese Strategie jetzt erarbeitet werden. Die KBO und die anderen Betreiber brauchen für ihre Investitionen die Sicherheit, dass sie auch in Zukunft weiter und mehr produzieren können. Es gäbe die Möglichkeit, dass der Kanton den Heimfall ausübt und die Branche neu ordnet. Das gäbe ein Erdbeben, dass die Staumauern zittern würden. Aber Bern wäre mit diesem Vorgehen kaum allein. Die Strategie wird dann dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht. Sie wird vom Regierungsrat verantwortet, aber wir können darauf Einfluss nehmen. Die Neukonzessionierung oder ein Heimfall mit all seinen Konsequenzen wird dann aber der Grosse Rat bewilligen müssen, und das ist gut so und darf durchaus auch klar verstanden werden.

Zu Punkt 7: Wenn ich mit dem Antrag von Regierungsrat einverstanden wäre, gäbe es heute vielleicht gar keine Diskussion – ich weiss es nicht, das kommt jetzt aus. Die 7. Forderung ist so formuliert, dass ich Widerspruch annehmen werde. Ich halte diese Forderung trotzdem für legitim und bin nach wie vor der gleichen Meinung wie letztes Jahr. Der Kanton würde besser selber in die Energieproduktion und auch in Fördermassnahmen investieren anstatt in einen Mischkonzern. Jetzt bin ich gespannt auf die Diskussion.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP), Fraktionssprecherin. Ich kann es vorwegnehmen: Die SVP-Fraktion hat nichts gegen den Vorstoss, im Gegenteil. Gestern Vormittag hat uns Regierungsrat Müller über die drohende Strommangellage informiert, und es ist absehbar, dass verschiedene Massnahmen nötig werden. Der vorliegende Vorstoss, wir haben es vorhin gehört, verlangt vom Regierungsrat eine Strategieerarbeitung bezüglich der Erteilung von Konzessionen für Wasserkraftwerke. Selbstverständlich nicht nur jetzt, sondern auch künftig ist es wichtig, dass der Kanton Bern eine griffige und funktionierende Strategie hat, wie er die Stromversorgung für die Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellen will.

Es ist für unsere Fraktion ebenfalls klar, dass die Wasserkraft im Kanton Bern einen besonders grossen Stellenwert einnimmt, aber ich nutze die Gelegenheit, auch das heutige Problem des herrschenden Technologieverbots anzusprechen. Es ist essentiell, dass der Kanton bei der Energiegewinnung die Diversifizierung in Betracht zieht und alle Möglichkeiten zur Stromgewinnung prüft, die nötigen Rahmenbedingungen dazu schafft und das Ganze in einer umfassenden Energiestrategie integriert. Entsprechende Vorstösse hat unsere Fraktion bereits eingereicht.

Ich komme jetzt zum Stimmverhalten unserer Fraktion. Die SVP wird der Empfehlung des Regierungsrates folgen und die Punkte 1 bis 6 als Motion annehmen. Punkt 7 wird als Motion in der Fraktion grossmehrheitlich abgelehnt. Die Fraktion wird Punkt 7 aber als Postulat unterstützen.

Simon Ryser, Seftigen (GLP), Fraktionssprecher. Das Energiethema Wasserkraft, man könnte es bildlicher fast nicht darstellen, denn, nicht wahr, bei den momentan herrschenden Energiepreisen kommen einem so viele Tränen, dass der Grimsensee sofort gefüllt wäre. Den Titel «Eine Strategie ist dringend» kann man nur bekräftigen. Ich habe es vorhin mit dem Regierungsrat schon kurz angesprochen: Es ist in dieser Angelegenheit nicht 11.45 Uhr, es ist hier 12 Uhr, denn: Ein Konzessionärin muss 15 Jahre vor Ablauf der Konzession den Antrag stellen oder das Interesse bekunden, dass sie gerne eine Konzessionserneuerung anstreben würde. Die ersten laufen 2037 aus, das wäre also jetzt. Das ist der eine Punkt.

Danach hätte der Kanton als Konzedent 5 Jahre Zeit, darauf einzutreten und zu sagen: «Ich möchte das diskutieren, oder, ich will das nicht diskutieren». Damit hätten wir jetzt noch fünf Jahre Zeit für die Strategie. Der Punkt ist aber, dass der Kanton – gemäss dem Wassernutzungsgesetz (WNG) des Kantons Bern – spätestens fünf Jahre vor Ablauf der Konzession sagen müsste, wie er das regeln will.

Meine lieben Damen und Herren, aus beruflicher Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass die fünf Jahre nicht genügen, wenn Sie innerhalb dieser fünf Jahre einen Heimfalls-Übergang oder einen Heimfall als solchen regeln wollen, eine Konzessionsverhandlung führen und einen Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) für die erste Stufe eines Konzessionsverfahrens schreiben wollen. Vergessen Sie das. Nehmen Sie das Doppelte. Auch mit zehn Jahren sind Sie noch gut dabei, kann ich Ihnen sagen, weil schon ein Heimfall, die Klärung eines Heimfalls – wie wollen wir vorgehen, was ist die «billige Entschädigung», ist es der Substanzwert, ist es der Ertragswert ... Da sehen Sie sich vor

Bundesgericht wieder – ich spreche aus eigener Erfahrung. Und dort sind Sie mit fünf Jahren knapp dran. So viel zum Thema «dringend», Herr Regierungsrat, nun kommen wir zu den einzelnen Punkten.

Zu Punkt 2. Hier wird die Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) genannt. Es gibt aber noch viele andere, die eben jetzt fällig wären, und die auch wichtig sind, auch wenn sie nicht so gross sind wie die KWO. Auch diese muss man angehen und sauber lösen. So wären wir nämlich dann, wenn die KWO an der Reihe ist, finanziell so aufgestellt, dass wir dies auch finanzieren könnten.

Zu Punkt 3, die Rolle der BKW: Bitte machen Sie es nicht zu kompliziert. Nehmen Sie das Beispiel des Kanton Wallis. Klammerbemerkung: Der Kanton Wallis ist dreimal grösser als der Kanton Bern, was die Wasserkraft angeht. Er konnte das auch lösen, er hat die Heimfallstrategie schon. Man könnte das Papier auch im Internet herunterladen, kopieren und einfach das Logo wechseln. Er hat die Heimfallstrategie definiert: «Hundert Prozent Heimfall an den Kanton». Das macht er in der Rolle als Verfügungsbehörde, als Konzessionsvergeber und als Besitzer der FMV («Forces Motrices Valaisannes»), das sind eigentlich die BKW des Wallis. Der Kanton Wallis konnte das auch regeln, es ist dort auch mehr oder weniger akzeptiert, ausser was die Punkte der «billigen Entschädigung» anbelangt.

Zu Punkt 4: Es ist so, dass die Bergkantone mit dem meisten Wasserkraftpotenzial momentan dabei sind, zu klären, wie die Entschädigungen und die Beteiligungsmodelle in Zukunft aussehen könnten. Dazu gibt es also Unterlagen, da gibt es Grundlagen.

Dann komme ich noch zu Punkt 7. Ich nehme es vorweg: Die Punkte 1 bis 6 werden wir als Motion einstimmig annehmen. Punkt 7 werden wir nur als Postulat überweisen. Den Fall BKW muss man irgendwann einmal lösen, aber ich bitte Sie, verknüpfen Sie den Fall BKW jetzt nicht mit den Konzessionserneuerungen hier. Dafür reicht uns schlicht und einfach die Zeit nicht mehr. Nehmen wir das heraus und behandeln es separat.

Tabea Bossard-Jenni, Oberburg (EVP), Fraktionssprecherin. Die EVP-Fraktion teilt die Ansicht des Motionärs, dass im Hinblick auf das Konzessionsverfahren der Kraftwerke eine Strategie formuliert und verfolgt werden muss. In den Punkten 1 bis 6 stimmen wir mit den Motionären überein, und ich gehe auch nicht weiter darauf ein.

Nicht einig sind wir uns bei Punkt 7. Die Produktion von Strom ist ein öffentliches Interesse, hier die Karten aus der Hand zu geben, indem erneut geprüft werden soll, ob die Aktienmehrheit an der BKW auf eine Sperrminorität reduziert werden soll, und das mit einem gutgemeinten Motiv zu verknüpfen, das ist müssig.

Die Anteile an der BKW zu verkaufen und damit dann beim Heimfall die Infrastruktur der KWO zu kaufen, und als Kanton Bern am liebsten noch selber zum Stromproduzenten zu werden – in einer solchen Prüfung sieht die EVP-Fraktion keinen Mehrwert. Wir lehnen den Verkauf der BKW-Aktien bis auf eine Sperrminorität klar ab und sehen darum auch keinen Grund, dass man einen solchen Verkauf erneut prüfen soll. Wie ich bei meinen zwängenden Kindern, die immer wieder das Gleiche wollen, sagen würde: Basta. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Beat Kohler, Meiringen (Grüne), Fraktionssprecher. Der Heimfall von Wasserkraftwerken ist in anderen Kantonen schon längere Zeit ein wichtiges Thema und wir haben es vorhin gehört, besonders im Wallis ist man da schon deutlich weiter als im Kanton Bern. Dort hat die Regierung schon eine Strategie erarbeitet und ist in der Umsetzung.

Es wäre wichtig, dass wir im Kanton Bern auch rasch diesen Prozess anstossen. Deshalb unterstützt die grüne Fraktion ganz klar die ersten sechs Forderungen aus diesem Vorstoss in Form einer Motion. Wir brauchen eine Strategie für die anstehenden Rekonzessionierungen von Wasserkraftwerken, und wir müssen namentlich aufzeigen, was ein Heimfall der Konzession der KWO für den Kanton Bern bedeuten würde. Wir haben es vorhin auch schon gehört, die KWO ist bei weitem der grösste Player in diesem ganzen Spiel.

Gerade die aktuelle Situation, wie auch der Motionär gesagt hat, zeigt deutlich auf, wie wichtig es ist, dass wir auch eine physische Produktionskapazität im Kanton Bern erhalten und ausbauen. Nur so können wir langfristig die Versorgungssicherheit erhalten und verbessern. In dieser Hinsicht

könnte es allenfalls auch sinnvoll sein, dass der Kanton die Beteiligung an der KWO übernimmt, um zu garantieren, dass die Investitionen in die Wasserkraft auch tatsächlich getätigt werden und nicht an unrealistische Renditezielen der beteiligten Unternehmen scheitern.

Der Motionär schlägt auch vor, wie eine solche Beteiligung finanziert werden könnte und dort gibt es, wie es von den Vorrednern schon genannt wurde, auch bei der grünen Fraktion gewisse Zweifel am vorgeschlagenen Modus, wie das geschehen könnte. Den Verkauf von BKW-Aktien haben wir schon mehrfach hier diskutiert. Die grüne Fraktion hat dies jeweils abgelehnt. Wir finden es aber durchaus spannend, wenn man schauen würde, ob es vielleicht einen Tausch gibt, dass man eben BKW-Aktien gegen KWO-Aktien tauschen würde und so einen direkten Einfluss auf die Produktion ausüben könnte. In diesem Sinne würden wir beim letzten Punkt das Postulat unterstützen, genau im Sinne der Regierung.

Jürg Rothenbühler, Rüderswil (Die Mitte), Fraktionssprecher. Es hat sich schon gerade etwas verändert, seitdem wir uns Gedanken gemacht haben, um diese Motion einzureichen, bis heute. Dass dieses Thema gleich derart aktuell ist, hätten wir damals nicht gedacht.

In der Vergangenheit wurden ja die Konzessionen, wenn ich das jetzt etwas salopp sagen will, einfach vergeben. Das war für uns selbstverständlich, ohne dass wir uns inhaltlich grosse Gedanken gemacht hätten. Wir sind davon ausgegangen, dass, wenn wir eine Konzession geben, die Konzessionsnehmer investieren und dementsprechend Strom oder Energie produzieren. Aber wir wissen, dass dem eben nicht immer so war. Unser System basiert auf Wirtschaftlichkeit, sprich, der Preis bestimmt.

Unsere Pflicht ist es jedoch, dass wir die Stromversorgung garantieren oder mindestens darauf Einfluss nehmen. Wir haben vorhin eingehend zu diesem Thema gehört, dass die Haltung der BKW . . . Grossrat Riem hat uns erläutert, wie sie über Investitionen denken. So funktioniert es eben gerade. Geschätzte Anwesende, wenn unser Hauptenergiepartner so denkt, dann frage ich mich schon, ob wir diese Konzessionen einfach so, ohne genauer hinzusehen, vergeben wollen. Der Regierungsrat hat sich gemäss Antwort ja schon damit befasst. Ich habe aber nicht gesehen, womit er sich befasst hat. Dazu wird uns jetzt der Regierungsrat sicher noch etwas sagen können.

Vielleicht noch etwas zur Wirtschaftlichkeit. Vorgestern hat der Bundesrat entschieden, der Axpo 4 Mia. Franken als Notfallkredit zur Liquiditätssicherung zu geben. 4 Mia. Franken, total 10 Mia. Franken, relativ kurzfristig – ich habe etwas gelesen, in ein paar Stunden hat er das gemacht. Hier sehen wir eigentlich gut, wie der Staat einspringt, wenn die Privatwirtschaft eben nicht mehr funktioniert. Was so übrigens auch richtig ist, in der Hoffnung natürlich, dass das Geld dann wieder zurückkommt. Da habe ich mir nur aufgeschrieben, das Geld würde wahrscheinlich ... Wenn wir jetzt die Trift und die Grimsel bauen wollten, wie vorhin gesagt wurde, wenn der Staat diese bauen würde, dann könnten wir das etwa zehnmal machen.

Unser Grossratspräsident hat einleitend zu dieser Session mahnende Worte an die Energiewirtschaft gerichtet. Ich interpretiere seine Voten als Aufforderung zu einer sehr langfristigen Denkweise im Bereich der Strom- und Energieproduktion, und zwar weit über den Russland-Ukraine-Krieg hinaus. Es ist nicht primär das Ziel des Kantons Bern, dass wir selber Staumauern oder was auch immer bauen. Unsere Aufgabe ist klar, zum Beispiel die KWO, die ja zu fünfzig Prozent der BKW gehört – es hat auch mehrere andere ... Wir sollten uns also inhaltlich damit auseinandersetzen, wie wir investieren wollen und vor allem liegt unsere Aufgabe ja darin, dass wir der Energiewende gerecht werden.

Jetzt komme ich noch zu Punkt 7. Mir ist bewusst, dass wir nicht gerne auf Dividenden verzichten. Das habe ich schon vor einem Jahr gesagt, das ist mir ganz klar. Aber heute ist die Situation anders. Ich habe vorhin von dem geforderten Strombranchen-Rettungsschirm, ich sage jetzt einmal so, auf nationaler Ebene gesprochen. Wenn man dies hier etwas verfolgt, bin ich überzeugt, dass es nachgelagert Konsequenzen mit sich bringen wird, und zwar in Form von Regulatorien, wie zum Beispiel Rückstellungen von liquiden Mitteln für die verschiedenen Anbieter, oder diverses anderes, was automatisch auf die Dividenden zurückkommen wird.

Die Forderung nach einem Verkauf der BKW-Aktien bis auf die Sperrminorität wurde ja letztes Jahr deutlich abgelehnt, aber eben, die Voraussetzungen sind klar anders. Wenn der Kanton Bern sich

direkt an den Kraftwerken beteiligen will – das kann passieren, wie wir es vorhin gehört haben, in den nächsten zehn Jahren –, dann müssen wir Geld haben. Ein Heimfall ist teuer. Dann müssen wir investieren können. Wir müssen die Mittel zur Verfügung haben, und ich habe einfach das Gefühl, es ist sinnvoller, das Geld so zu investieren, anstatt in eine Firma, die neben dem Stromgeschäft noch eine enorme Anzahl von Haushaltsfirmen betreibt. Deshalb wird die Mitte in allen Punkten, also inklusive Punkt 7, der Motion zustimmen.

Luc Mentha, Liebefeld (SP), Fraktionssprecher. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt diese Motion mit Ausnahme von Ziffer 7. Die Ziffer 7 des Vorstosses lehnen wir als Motion einstimmig ab. Ich komme noch darauf zurück. Wir beantragen die punktweise Abstimmung zu den sieben Ziffern.

Von Seiten der SP-JUSO-Fraktion haben wir uns – und ich im Besonderen – diverse Male zu diesem Ausbau der Wasserkraft geäußert. Letztlich in einer Interpellation, die wir eingereicht haben, weil uns die Äusserung von Frau Suzanne Thoma in Sachen Ausbau der Wasserkraft im Kanton Bern sehr stark irritiert hat. Der Motionär, Herr Riem, hat darauf hingewiesen, was sie damals geäußert hat. Aus unserer Sicht waren das wirklich fatale Äusserungen als CEO einer Firma, die mehrheitlich dem Kanton Bern gehört.

Inzwischen haben sich die Stimmung und das Wording ein bisschen geändert, mindestens nach einem Interview, das der Verwaltungsratspräsident der BKW am 16. Mai 2022 der Zeitung «Bund» gegeben hat. Die BKW ist ja eine Mehrheitsaktionärin der KWO. Er hat dort erklärt, ich zitiere: «Wir haben verschiedene Projekte seit langem in der Pipeline, zum Beispiel bei der KWO die Erhöhung der Grimselsee-Staumauer und den Trift-Speichersee. Wir möchten diese Projekte realisieren, sind aber juristisch und politisch gebremst worden.» Das sind jetzt deutlich positivere Aussagen als die zitierten von Frau Thoma, die wie gesagt lieber im Ausland investieren will als im Kanton Bern. Nun ist sie ja nicht mehr CEO. Vom neuen CEO gibt es diesbezüglich jetzt noch keine klaren Worte, sondern nur diejenigen des aktuellen Verwaltungsratspräsidenten Roger Baillod.

Im selben Interview hat Roger Baillod erklärt, dass die BKW die Konzession der KWO für die Wasserkraftwerke im Oberland erneuern will. Das finde ich an sich einen guten Weg, wenn die Erklärung so kommt. Und da stellt sich eben die Frage, wie stark wir hier über einen Heimfall sprechen müssen. Die Konzessionen laufen zwischen 2037 und 2041 ab. Die Zeichen sind jetzt, von mir aus gesehen, positiver und auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in die Wasserkraft sind deutlich besser als noch vor ein paar Jahren. Zur Preisentwicklung in der Elektrizität: Diese ist auch positiver. Es müssen nicht gerade so völlige Übertreibungen sein, wie jetzt an der Strombörse, wo die Strompreise zehnmal teurer sind. Ich glaube, der Trend weist klar in die Richtung, dass es für ein Unternehmen ein Investitions-freudiges Umfeld gibt.

Die Haltung der SP-JUSO-Fraktion bei diesem Geschäft ist glasklar. Wir haben es bei uns im Parteiprogramm, wir haben unzählige Vorstösse gemacht. Wir unterstützen den Ausbau der Wasserkraft im Kanton Bern, insbesondere an der Trift und in der Grimsel, weil damit eine nachhaltige, klimaschonende Produktionsart sichergestellt werden kann, weil dadurch die Versorgungssicherheit für Elektrizität in unserem Kanton verbessert werden kann, weil dadurch die Auslandsabhängigkeit im Energiebereich abgebaut werden kann, und weil wir mit dieser Strategie Arbeitsplätze in unserem Kanton schaffen können. Wir nehmen dabei gewisse Beeinträchtigungen in unserer Landschaft in Kauf.

Ich sage das hier explizit, weil wir auch gesehen haben, insbesondere beim Projekt Trift, dass man sich vonseiten der KWO bemüht hat, Kompensationsmassnahmen in der betroffenen Landschaft im Gadmen-Tal vorzusehen, und weil es eine Vereinbarung zwischen der BKW und den wichtigsten Umweltverbänden gibt, in der man sich darauf geeinigt hat, dass man bei einem Ausbau der Trift verzichtet auf den Bau von Kleinkraftwerken an jetzt noch unberührten Wasserläufen im Kanton Bern.

Jetzt komme ich noch zu Ziffer 7. Die Ziffer 7 ist für uns allerhöchstens als Postulat annehmbar. Für uns ist klar, dass eine Mehrheitsbeteiligung des Kantons Bern an der BKW bleiben muss. Wenn man allenfalls die Konzession an ein anderes ... (*Der Vizeräsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.*) Ja. Wir könnten es uns höchstens vorstellen im Zusammenhang mit einem Heimfall und einer Übertragung der Beteiligungen an

die KWO, wenn der Kanton Bern sich dort beteiligen würde. Das ist ein Feld, bei dem wir allenfalls gespannt sind, was Abklärungen ergeben würden. (*Der Vizepräsident bittet den Redner erneut, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande encore une fois à l'orateur de conclure.*) Sonst höchstens als Postulat.

Vizepräsident. Nun, ich habe gehört, du hast punktweise Abstimmung verlangt, Luc. (*Grossrat Mentha signalisiert Zustimmung. / Le député Mentha signale son accord.*) Im Moment habe ich mir notiert, dass sich zu den Ziffern 1 bis 6 alle, glaube ich, einig sind. Es geht um die Ziff. 7. Ich werde nach dem Votum der EDU noch einmal fragen. Aber so wie ich es sehe, kann man dort abkürzen, und ich möchte das heute vor der Mittagspause noch abschliessen und abstimmen können.

Dominik Blatti, Oberwil i. S. (EDU), Fraktionssprecher. Die aktuelle Lage zeigt, dass wir hier ein Thema haben, das wir unbedingt diskutieren müssen. Wir sind froh um den Vorschlag des Regierungsrats und wir folgen dem Vorschlag des Regierungsrats. Wir finden das sehr gut.

Nur so als Randbemerkung: Die EDU-Fraktion war eben erst auf der Grimsel. Wir haben gesehen, dass die Staumauer verstärkt wird. Es ist einfach schon schade, dass man sie nicht in diesem Arbeitsgang zugleich auch erhöhen kann. Es wäre eigentlich gut gewesen, wenn man das im gleichen Arbeitsgang mit der gleichen Baustelleinstallation hätte machen können. Das ist jetzt nicht das Thema, aber ich wollte das einfach noch loswerden. Also, wir von der EDU unterstützen den Regierungsrat.

Vizepräsident. Gut. Gehe ich richtig von der Annahme aus, dass zuerst der Regierungsrat sprechen wird und nachher der Motionär? Herr Regierungsrat? Wir haben alle Hunger.

Christoph Neuhaus, BVD-Direktor. Da sind Sie nicht allein. Die Motion hat im Verlauf der vergangenen Monate an Aktualität und Dringlichkeit gewonnen. Die Nutzung und der Ausbau der Wasserkraft sind zentrale Elemente, wenn wir eine nachhaltige Energieversorgung erreichen wollen, und gerade jetzt, wenn man die drohende Energiemangellage sieht, ist es unverzichtbar, dass man im Bereich der Wasserkraft eine klare Strategie definiert und fahren kann. Damit gibt es auch klare Bedingungen für die verschiedenen Akteure. Dann wissen diese auch, was sie machen müssen.

Der Regierungsrat teilt vor diesem Hintergrund die Einschätzung des Motionärs. Wir verfolgen die energiepolitischen Entwicklungen im internationalen wie im nationalen Kontext laufend. Die BVD hat erste strategische Arbeiten bezüglich der Konzessionen für Wasserkraftwerke aufgenommen. Die ersten grossen Konzessionen, Sie haben es gehört, laufen ab 2037 aus. Vor diesem Hintergrund ist der Regierungsrat bereit, die Forderungen von Ziffer 1 bis 6 umzusetzen. Deshalb beantragen wir: Nehmen Sie diese an.

Ziffer 7 der Motion regt an, Ausgaben des Kantons im Zusammenhang mit der Förderung der Wasserkraft mit dem Verkauf von BKW-Aktien zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund verweisen wir zu diesem Anliegen darauf, dass der Grosse Rat eine Änderung des Beteiligungsanteils an der BKW AG in der Sommersession 2021 – das ist noch nicht so lange her – deutlich verworfen hat. Ich verweise auf die Beratung des Berichtes «Perspektiven der Beteiligung an der BKW AG» (Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 10. März 2021).

Im Rahmen der laufenden strategischen Arbeiten ist der Regierungsrat aber bereit, diese Gedanken noch einmal zu prüfen und deshalb beantragen wir, Ziffer 7 als Postulat anzunehmen. Wie die laufenden Diskussionen zur Energiemangellage zeigen, ist es absolut entscheidend, dass der Ausbau der Wasserkraft jetzt wirklich konsequent rasch vorangetrieben wird, und ich bin froh, wenn Sie auf die Widerspenstigen zugehen, denn der Kanton Bern hat mit dem Projekt Trift und mit der Erhöhung der Staumauer an der Grimsel zwei strategisch zentrale Projekte, die aus Sicht des Regierungsrats jetzt möglichst rasch sollten realisiert werden können. Realisiert werden *müssen*, ich korrigiere mich.

Bernhard Riem, Iffwil (Die Mitte), Motionär. Herzlichen Dank für die Ausführungen auch des Regierungsrates. Ich danke für die breite Zustimmung und dafür, dass sich wirklich breite Kreise hier

im Saal, aus verschiedenen politischen Spektren, dafür einsetzen. Die Stromproduktion ist ein langfristiges Geschäft und mit der Konzessionerteilung und der Neukonzessionierung können wir eben darauf einwirken.

Ich erwarte in dieser Strategie, auch den Heimfall der Konzessionen echt zu prüfen, direkt, wie auch immer das dann sein könnte. Mit dem Logowechsel ist es sicher nicht getan. Interessant wäre auch zu erfahren – das habe ich nirgends geschrieben – wie die Entscheide bei den bestehenden Beteiligungsverhältnissen bei der KWO gefasst werden, nämlich dreimal 1/6 und einmal die Hälfte. Wer die Stimme über 50 Prozent hat, nähme mich wunder, weil letztlich dort entschieden wird, ob dann gebaut wird und wie.

Zu Punkt 7 bin ich immer noch der Meinung, dass wir die Milliarden von Franken aus dem Aktienkapitalanteil, der zwischen 34 Prozent und etwas über 51 Prozent liegt, gescheiter in die Energieproduktion oder in Fördermassnahmen investieren würden, anstatt in eine Beteiligung an einem Mischkonzern, der gegen 200 Gewerbebetriebe betreibt. Ich zwänge ganz gerne, und ich hoffe, mit der Zeit werden noch zwei bis drei einsichtig. Ich wandle nicht in ein Postulat, genussvoll halte ich an der Motion fest, im Bewusstsein, dass eine Mehrheit von Ihnen das nicht will. Das ist aber ein steter Tropfen, der den Stein höhlt. Merci für die Unterstützung, dort, wo es geht.

Vizepräsident. Sie haben es gehört, der Motionär wandelt die Ziffer 7 nicht. Wir stimmen jetzt also ab, über die Ziffern 1 bis 6 als Motion im Paket und anschliessend über die Ziffer 7. Sind Sie einverstanden? – Gut.

Wer in diesem Fall den Ziffern 1 bis 6 als Motion zustimmt, soll das mit Ja bezeugen, wer dagegen ist, mit Nein. Die Abstimmung läuft.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.42: Ziff. 1–6 / ch. 1 à 6

Annahme / Adoption

Ja / Oui	144
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Vizepräsident. Das ist eine klare Sache: Sie haben den Ziffern 1 bis 6 zugestimmt.

Dann kommen wir jetzt zu dieser Ziffer 7: Wer die Ziffer 7 als Motion annehmen möchte, drückt Ja, wer sie ablehnt, drückt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.42: Ziff. 7 / ch. 7

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	14
Nein / Non	126
Enthalten / Abstentions	3

Vizepräsident. Sie haben die Ziffer 7 als Motion abgelehnt.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Mittag. Wir fangen pünktlich um 13.30 Uhr wieder an. Merci vielmals.

Die Sitzung endet um 11.50 Uhr. / La séance se termine à 11 heures 50.

Protokoll: / Procès-verbal :

Stephanie Messmer (d)

Ursula Ruch Meyer (f)